

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Heidmarie Wieczorek-Zeul MdEP berichtet vom ersten Erfolg der SPD-Europaparlamentarierinnen: Kommission "Rechte der Frauen" einstimmig beschlossen.

Seite 1/2

Renate Lepsius MdB klagt, daß die Länder durch Verwaltungsanordnungen das Adoptionsgesetz unterlaufen: Das Recht des Kindes auf seinen Vornamen.

Seite 3

Brigitte Eler MdB sieht eine Möglichkeit, den Streit um das Organtransplantationsgesetz zu beenden: Der dritte Weg - die Entscheidungslösung.

Seite 4/5

Schimon Peres, Vorsitzender der israelischen Arbeiterpartei untersucht die Möglichkeit, Beziehungen zur Sowjetunion und PLO aufzunehmen: Widerspruch und Illusion.

Seite 6-8

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 155

15. August 1979

Erster Erfolg für SPD-Europaparlamentarierinnen

Ad-hoc-Kommission "Rechte der Frauen" einstimmig beschlossen

Von Heidmarie Wieczorek-Zeul
Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Europaparlamentarierinnen der SPD haben einen ersten vorläufigen Erfolg bei der Durchsetzung des Europawahlprogramms erringen können. Auf ihr Drängen und mit Unterstützung der Sozialistinnen anderer EG-Länder hat die sozialistische Fraktion einstimmig beschlossen, einen Sonderausschuß des Europäischen Parlaments "Rechte der Frauen" einzusetzen. Bereits in seiner Eröffnungsrede vor dem Europaparlament hatte Willy Brandt deutlich gemacht, daß die sozialistische Fraktion, die mit 112 Abgeordneten die stärkste des Parlaments ist, die Einrichtung einer solchen Ad-hoc-Kommission als eine Verpflichtung den Frauen gegenüber ansieht.

Die Aufgaben der Kommission sollen sein

- o Richtlinien, Verordnungen und Programme der EG daraufhin zu überprüfen, ob sie die Gleichstellung der Frauen in der EG fördern,
- o den Stand der Verwirklichung der realen Gleichstellung von Frauen zu überprüfen,
- o in einem absehbaren Zeitraum dem Europäischen Parlament einen Bericht über diesen Stand zu geben und Empfehlungen zur Weiterführung der Gleichstellungsbemühungen an die Regierungen der Mitgliedstaaten und die EG zu geben,
- o durch ihre Arbeit auf die Einrichtung einer eigenen Generaldirektion für Frauenfragen hinzuwirken.

Die Einrichtung einer Ad-hoc-Kommission "Rechte der Frauen" bietet auch die Möglichkeit eines direkten Dialogs und der

Zusammenarbeit mit den europäischen Gewerkschaften, denn der Europäische Gewerkschaftsbund hat in seinem "Programm zur Durchsetzung der gleichen Rechte und Chancen der Frauen" im Mai 1976 in München sich nachdrücklich für die Bekämpfung der Diskriminierung von Frauen in allen Lebensbereichen, für gezielte Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme für Frauen - auch in bisher den Männern vorbehaltenen Berufen - und die tatsächliche Verwirklichung des Prinzips "gleiches Entgelt bei gleichwertiger Arbeit" gefordert und sich gleichzeitig dafür eingesetzt, im Bereich der Lohngleichheit die einzelstaatliche Gesetzgebung auf die internationalen Abmachungen abzustimmen. Die Rolle der Ad-hoc-Kommission im Europäischen Parlament könnte die gleiche Aufgabe haben, wie die von dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) geforderte Aktion "zu dem Zweck, einen Umdenkungsprozeß in Bezug auf die Rolle von Mann und Frau in der Gesellschaft einzuleiten und dabei vor allem den Zugang der Frauen zu Führungspositionen und zu neuen Berufen zu fördern."

Bisher ist der Vorschlag bei den Fraktionen der Liberalen, Konservativen, Christdemokraten sowie Gaullisten im Europäischen Parlament eher auf Ablehnung gestoßen. Es ist Aufgabe der Frauen in der Bundesrepublik, die CDU/CSU und FDP an ihre Wahlkampfaussagen zu erinnern und zu fordern, daß es nicht bei bloßem Reden bleibt, sondern konkrete Taten folgen. Deshalb wird man in der Bundesrepublik aufmerksam beobachten müssen, wie sich die Fraktionen der Christdemokraten und der europäischen liberalen Demokraten gegenüber der Forderung der Sozialistinnen nach Einrichtung einer Ad-hoc-Kommission "Rechte der Frauen" verhalten. Denn im September wird zwischen den Fraktionen erneut über die Einrichtung dieser Kommission verhandelt. Wie man es nicht machen soll, hat bisher schon die konservative Fraktion gezeigt: Sie möchte die Forderung der Sozialisten nur dann erfüllen, wenn gleichzeitig ein Ad-hoc-Ausschuß "Soziale Marktwirtschaft" im Europaparlament eingerichtet wird. Die Rechte der Frauen sind für die Konservativen offensichtlich reine Verhandlungsmasse.

Die sozialistische Fraktion jedenfalls wird sich nicht von ihrem Vorsatz abbringen lassen, ihre Wahlkampfaussagen für die Zielgruppe der Frauen zu verwirklichen.

(-/15.8.1979/ks/ca)

+ + +



Das Recht des Kindes auf seinen Vornamen

Widersprüchliches bei Durchführung des neuen Adoptionsrechtes

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Stellvertretendes Mitglied im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages

Das neue Adoptionsrecht stellt sich das Ziel, dem Wohl des Kindes besser als in der Vergangenheit zu dienen. Mit der Aufnahme in eine neue Familie ist das Kind nunmehr mit allen Rechtswirkungen in die neue Gemeinschaft der Familie und deren Verwandten aufgenommen. Früher hieß das: "an Kindes statt". Und die heutige "Annahme als Kind" entspricht dem Kern der Neuregelung: Das Adoptivkind ist nicht mehr "Ersatz", vielleicht für den unerfüllten Wunsch nach einem eigenen Kind, oder auch für den "Erben" einer Familiengeneration mit Erhaltung der Namenstradition. Adoption erfolgt jetzt ohne Wenn und Aber. Nach erfolgter Adoption wird also nicht mehr zwischen biologischer und sozialer Geburt in einer Familie unterschieden.

Bei der seinerzeitigen Neuregelung im Unterausschuß für Ehe- und Familienrecht haben sich deshalb auch eine Reihe neuer Fragen gestellt, wie dem Wohl eines Kindes bei Adoption am besten gedient werden kann. Die Frage der Vornamensänderung bei Kleinkindern - sie war beim alten Adoptionsrecht gang und gäbe - wurde von uns Abgeordneten unter dem Aspekt: Identifikation des Kindes mit seinem Vornamen und Ich-Werdung über den Vornamen völlig neu gestellt. Anhand von gutachterlichen Stellungnahmen, unter denen ich die Ausführungen des Psychologen Professor Weinert von der Universität Heidelberg herausstellen möchte, haben Abgeordnete während der Beratung unisono beschlossen: Die Vornamensänderung eines Adoptivkindes nach § 1757 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch darf ausnahmsweise nur dann erfolgen, wenn diese Änderung aus schwerwiegenden Gründen zum Wohle des Kindes erforderlich ist. Im Klartext: Dies ist eine Umkehr vom alten Recht, in dem ohne Rücksicht auf die psychologische und entwicklungsgemäße Situation das Kleinkind seinen neuen Vornamen wie einen Stempel aufgedrückt bekam. Die Regel heißt nun:

Es bleibt beim Vornamen des Kindes, auch bei Adoption. Die Ausnahme läßt eine Abänderung nur aus schwerwiegenden Gründen zu.

Für mich als Abgeordnete ist es schon erschreckend festzustellen, daß dieser wichtige reformerische Aspekt - der dem Wohl des Kindes in seiner Ich-Findungsphase gerade in den ersten fünf bis sechs Jahren seines Lebens zutiefst entspricht - von Adoptiveltern mit Hilfe von Verwaltungsvorschriften laufend unterwandert und unterdeterminiert wird. Dabei ist die Änderung lebensnah. Sie ist für jede Mutter, die ihr Kind erzogen hat, einleuchtend wie nichts sonst: Ein die Sprache erlernender kleiner Mensch klammert sich auf dem Weg zum eigenen Ich an seinen eigenen Vornamen wie an einen Fels: Ist der Vorname zunächst "Es" - eine dritte Person, die mit Namen tituliert wird, wird das Kind im zweiten und dritten Lebensjahr zur Person, und dies unter dem eigenen Vornamen. Hierauf muß Rücksicht genommen werden. Und zwar auch von Eltern, die zur Adoption eines Kindes in eine neue Familie bereit sind.

Der Bundesminister des Innern hat mir inzwischen auf entsprechende schriftliche Anfrage zur Vornamensänderung bei Adoptionen zugesichert, daß die Grundsätze des Paragraphen 1757 Bürgerliches Gesetzbuch Absatz 2 über die Verwaltungsbehörden entsprechend der gesetzlichen Regelung künftig eingehalten werden sollen. Es bleibt dennoch die Frage, ob ein Unterlaufen in der Praxis nicht doch über eine Novellierung des Namensänderungsgesetzes verhindert werden muß. Die Zuständigkeit für dieses Gesetz liegt freilich in Länderhand. Demen wünscht man in der Tat eine bessere Hand als bisher. Denn was nützt die beste vormundschaftsgerichtliche Entscheidung, wenn mit Hilfe von Verwaltungsvorschriften und dem unveränderten Namensänderungsgesetz Standesämter unter der Hand den Adoptiveltern Recht geben, aber den Adoptivkindern rücksichtslos den neuen Namen aufdrücken.

(-/15.8.1979/vo-hr/ca)



Der dritte Weg: Die Entscheidungslösung

Im Organtransplantationsgesetz muß das Dilemma des unausgesprochenen Willens gelöst werden

Von Brigitte Erler
Mitglied des Deutschen Bundestages

Damit Anfang September beim Experten-Hearing zur Frage der Organ-Transplantation in Bonn nicht mehr nur "Widerspruchsregelung" und "Zustimmungsregelung" als allein denkbare Alternativen zur Diskussion stehen, habe ich dem Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages einen dritten Weg vorgeschlagen: die Entscheidungslösung. Denn dies ist die Lage: Probleme stellen sich Medizinern, Juristen und nicht zuletzt den Verwandten immer dann, wenn ein Verstorbener zu Lebzeiten weder seine Ablehnung, noch seine Zustimmung zu einer Organentnahme nach seinem Tod gegeben hat:

- Die Widerspruchsregelung des Regierungsentwurfs interpretiert den nicht geäußerten und dokumentierten Willen des Verstorbenen als Zustimmung zur Organspende und unterstellt ihm damit eine Hilfsbereitschaft, die er vielleicht nicht hatte. Hier stellt sich sehr deutlich die Frage nach dem freien Willen des Menschen, dessen Schutz gerade in so einem existentiellen Fall wie der Unversehrtheit des eigenen Körpers gewährleistet sein muß.
- Die Zustimmungsregelung hingegen interpretiert den nicht geäußerten Willen des Verstorbenen als Ablehnung und ist noch problematischer. Denn entweder müßten wir weiter aus den europäischen Organspendezentren die lebensrettenden Nieren aus anderen Ländern mit Widerspruchsregelung beziehen, was wir heute schon den Kranken dieser Länder gegenüber in fast unverantwortlicher Weise ausnutzen, oder wir müßten konsequenterweise Menschen schwer leiden und sterben lassen, denen leicht geholfen werden könnte.

Dennach kann also ein nicht eindeutig geäußertes Wille so interpretiert werden, daß er die Zustimmung zu einer Organentnahme nach dem Tode bedeutet; andererseits kann



auch das Gegenteil unterstellt werden: Daß nämlich die nicht bekundete Zustimmung die Ablehnung der Organentnahme ausdrückt.

Die Nicht-Entscheidung als Zustimmung anzusehen, scheuten wir uns in der Bundesrepublik bisher. Daher müssen Tausende kranker Menschen, denen mit einer Organspende geholfen wäre, weiter warten. Ihnen könnte die Entscheidungslösung helfen, die aus dem Dilemma der Auslegung eines unausgesprochenen Willens herausführt.

Der Vorschlag sieht vor, daß jeder Bürger sich entscheiden muß, ob er bereit ist, Organe nach seinem Tode transplantieren zu lassen. Diesen Willen muß er mit einer Ja- oder Nein-Folie im Ausweis dokumentieren, deren Inhalt nur der Ausweisinhaber, nicht einmal der ausstellende Beamte kennt und der nur mit besonderen Mitteln vom Arzt nach dem Tode sichtbar gemacht werden kann.

Wenn sich jemand nicht entscheiden kann, vielleicht weil er sich noch nicht genügend mit dem Problem auseinandergesetzt hat, so ist er durch eine Nein-Folie gegen falsch-interpretation auf jeden Fall geschützt. Er kann aber auch jederzeit, wenn er sich anders entschieden hat, die Folie austauschen.

Eine Entscheidung in der einen oder anderen Richtung zu verlangen, erscheint durchaus zumutbar. Der Staat zwingt seine Bürger auch in weniger bedeutsamen Dingen, sich zu entscheiden: Etwa, welchen Namen man seinem Kind geben will. In konkreten Fällen muß sich sonst auch jeder von uns entscheiden, - ob er zum Beispiel einen Betrunkenden durch einen Sprung ins kalte Wasser retten will oder nicht. Die Entscheidung für oder gegen eine Bereitschaft zur Organspende, um anderen Menschen das Leben zu retten oder ihre Leiden zu mindern, muß eine freie und jederzeit aufgrund neuer Erkenntnisse oder vielleicht auch Ängste revidierbare Entscheidung sein, es muß aber eine klare Entscheidung sein.

(-/15.8.1979/ks/ca)



Widerspruch und Illusion

Beziehungen Israels zur Sowjetunion und PLO?

Von Schimon Peres

Vorsitzender der israelischen Arbeiterpartei

Von Israel aus gesehen sieht die Welt so aus, als wäre sie völlig von Erdöl durchtränkt und beuge sich dem PLO-Gewürm. Von außen gesehen sieht Israel wie ein Staat aus, der es in der Hand hat, den Friedensprozeß zu beschleunigen oder zu verlangsamen, und von dem man ein hohes Niveau bei seiner Beschlußfassung erwartet, auch wenn man dagegen opponiert.

Zwei Vorschläge hört man jetzt in immer steigendem Ausmaß, besonders seitens der Länder Europas: Wiederaufnahme der Beziehungen zur Sowjetunion sowie Herstellung von Beziehungen mit der PLO!

Die heftige Diskussion, in deren Mitte wir stehen, erfordert klare und vernünftige Antworten. Es ist an der Zeit, den Argumenten der Nein-Sager zu listen und ihnen nachzugehen und eine ernste Diskussion mit ihnen zu führen.

Was Sowjetrußland betrifft, so ließen sich die europäischen Führer deutlich anhören. Fast alle bliesen ins gleiche Horn: "Laßt Euch keine Möglichkeit zur Erneuerung der Beziehungen mit dem Breschnewschen Rußland entgehen!"

Laut ihren Worten ist Breschnew ein Mann, der ernstlich nach Frieden strebt, und seine Tage sind gezählt. Er sieht in den SALT-Abkommen die Krönung seiner Erfolge, und läßt keine Gelegenheit vorbeigehen, um dieses Abkommen unter Dach und Fach zu bringen. Laut ihrer Meinung ist Breschnew nicht so sehr skeptisch hinsichtlich der Stellung Carters zum Abrüstungsthema als vielmehr hinsichtlich seiner Fähigkeit, das SALT-Abkommen im amerikanischen Kongreß durchzubringen. Er versucht, alles Erdenkliche zu tun, um Carter die Durchbringung des Abkommens im Kongreß zu erleichtern, und in diesem Zusammenhang ist auch die Vergrößerung der Zahl der Auswanderungserlaubnis für Juden sowie die Freilassung von Kämpfern für die Menschenrechte zu sehen.

Seine Gesprächspartner erklärten, Breschnew habe sein ganzes Gewicht dafür eingesetzt, um die Einmischung der Roten Armee im Krieg zwischen China und Vietnam zu verhindern. Wie man hört, soll der jetzt 72jährige Breschnew sich trotz seines Alters und schlechten Gesundheitszustandes an der Macht halten, weil er an der Spitze einer Führungsmannschaft steht, die gleichfalls weder jung noch gesund ist.

Der Tag wird aber nicht fern sein, daß diese gesamte Führungsmannschaft ausgetauscht wird und an ihrer Stelle eine neue Führungsmannschaft kommt, die von der jetzigen diametral verschieden ist. Diese wird aus Männern bestehen, die nicht den Zweiten Weltkrieg miterlebt haben, und denen die russischen Opfer in diesem Kriege nicht plastisch vor Augen stehen, sondern nur in weiter Ferne vorschweben.

Es werden Russen sein, die im Zeichen des technologischen und militärischen Fortschritts der Sowjetunion aufgewachsen sind, und im Bewußtsein des atomaren Gleichgewichts zwischen den beiden Supermächten. Im übrigen spielte sich die politische Karriere dieser Männer vorwiegend in der Innenpolitik ab, und ihre Befassung mit Fragen der Außenpolitik war gering.

Über die jüdische Tragödie des Holocaust wissen sie lediglich etwas aus Büchern. Die sowjetischen Doktrinen über die Judenfrage sind für sie das tägliche Brot. Nach



Auffassung meiner Gesprächspartner wird es viel schwerer sein, mit diesen künftigen Führern der Sowjetunion Beziehungen herzustellen als mit den jetzigen.

Diese Worte, die ein Israeli schon mangels hinreichender Information schwer entkräften kann, klingen plausibel nach globalen oder europäischen Aspekten, erscheinen aber wirklichkeitsfern, wenn man sie auf die Situation in Nahost bezieht.

Es waren ja nicht wir, die die Beziehungen mit den Sowjets abgebrochen haben, und nicht wir weigern uns, sie zu erneuern. Der Kontext der Beziehungen zwischen der UdSSR und Israel basiert auf der Entscheidung der Russen, sich auf die arabische Seite zu stellen. Heute hat Rußland innerhalb der arabischen Welt die Wahl zwischen der Friedentendenz und der "Verweigerungstendenz". Die Entscheidung für die Friedentendenz würde es auf den Weg zur Erneuerung der Beziehungen mit Israel führen. Da es die gegenteilige Entscheidung getroffen hat, disqualifiziert es sich selbst für eine Rolle im Friedensprozeß und für eine Wiederaufnahme der Beziehungen mit Israel.

Der Widerspruch zwischen den theoretischen Überlegungen und dem praktischen Geschehen in unserer Region liegt somit klar zu Tage.

Die Russen erklären, Israel könne einen vollen Frieden im Mittleren Osten erreichen. Wenn Israel die Palästinenserfrage lösen und sich auf die Grenzen von 1967 zurückziehen würde, - dann werde es damit auch eine Wiederaufnahme der Beziehungen mit der Sowjetunion herbeiführen.

Die Aussicht darauf, daß die Russen Israel dazu bringen können, sich auf die Grenzen von 1967 zurückzuziehen, ist meiner Meinung nach nicht größer als die, die Russen dazu zu bringen, daß sie sich auf ihre Grenzen vor 1941 zurückziehen. Die Kriege haben Narben zurückgelassen, nicht nur in der Seele Rußlands, sondern auch im "Fleisch" Israels.

Solange Rußland uns nicht einen Vorschlag für einen umfassenden Frieden in der Region macht, wird es verstehen müssen, daß seine Stimme nur dann gehört wird, wenn man in weitgestecktem Rahmen verhandelt. Wenn es des weiteren lediglich den Spuren von Chadafi und Assad folgt, wird es schließlich beide verlieren; jedenfalls stellte es sich von Anfang an auf ein Fortbestehen des Konflikts ein und überließ es den USA, für dessen Lösung zu wirken.

Was die PLO anbetrifft, so stößt man sowohl auf Verständnis wie auf Illusionen. Verständnis hat man für die Einstellung Israels, daß es sich nicht mit den Führern einer Organisation an den Tisch setzen kann, die seine Zerstörung fordert und dieses Ziel mit Mittel zu erreichen sucht, die manchmal in ihrer Brutalität unfaßbar sind. Auch die größten Sympathisanten der PLO in Europa stimmen der Einstellung Israels zumindest in einem Punkt zu: Die PLO müßte von vornherein in Anerkennung des Staates Israel deklarieren und seines Rechts, in Frieden zu leben und sich bereit erklären, Verhandlungen mit Israel auf der Basis der Sicherheitsresolution 242 zu führen.

Die Illusion besteht darin, daß man glaubt, die PLO werde das tun. Sowohl die Amerikaner wie die Saudier und die Ägypter versuchten den PLO-Führern ins Gewissen zu reden, sie sollten eine Änderung ihrer Haltung anzeigen oder wenigstens die Resolution 242 anerkennen. Alle diese Versuche führten zu nichts.

Diese Illusion hängt meiner Meinung nach mit der Neigung zusammen, sich mit den Bestrebungen der PLO abzugeben, ohne ihren Aufbau in Betracht zu ziehen. Es ist der Auf-



bau der PLO, der ihre Politik oder besser gesagt Mangel an Politik, regiert.

Bei der PLO hat weder die Majorität ein Gewicht noch gibt es eine Autorität der Führung. Die PLO ist nichts anderes als ein Sammelsurium bewaffneter Banden, die jede für sich ihr Geld, ihre Waffen und Anweisungen von verschiedenen Staaten der arabischen Welt bezieht.

Arafat kann beschließen was er will, - wenn er der Einstellung des Iraks oder Syriens oder Libyens nicht Rechnung trägt, dann bringt er einen Geschosshagel seitens der Teilgruppen, die einem dieser Staaten untertan sind, zum Ausbruch. Es ist unmöglich, mit einem in sich zerklüfteten Faktor Verhandlungen zu führen und es kann niemand im Namen eines solchen Faktors Verhandlungen führen, zumal es sich um einen bewaffneten Faktor handelt.

Ein führender europäischer Politiker, der von mir diese israelische Argumentation hörte, sagte mir: "Ich bin zu dem Schluß gekommen, daß weder die Amerikaner noch die Russen noch die Araber die palästinensische Frage lösen können. Die Frage kann ihre Lösung nur in direkten Kontakten zwischen Israel und den Palästinensern finden. Wenn die Palästinenser nicht die Sorgen Israels um seine Sicherheit verstehen wollen, und Israel nicht die Selbstbestimmungsbestrebungen der Palästinenser, dann wird der Konflikt in der Region ungelöst bleiben."

Mein Gesprächspartner sprach sich lobend über die aufgekommene Idee einer jordanisch-palästinensisch-israelischen Konföderation, oder auch einer Konföderation zwischen Israel und dem Westufer/Gazastreifen aus, unter der Bedingung, daß Israel dem arabischen Bevölkerungsteil dieser Gebiete echte Vollmachten zuerkennt und auf den Grundsätzen von Demobilisation und Festlegung verteidigbarer Grenzen besteht.

Eine gewisse Skepsis besteht hinsichtlich der Einstellung von Hussein. Jordanien ist jetzt recht aktiv, und zwar in radikaler Richtung der Unterstützung der palästinensischen "Identität". Von allen in der Region bestehenden Faktoren ist anscheinend Jordanien am meisten daran interessiert, die jetzige Situation bestehen zu lassen.

Es ist kaum möglich, eine schnelle und leichte Lösung für das palästinensische Problem aufzuzeigen. Man muß sich aber klar darüber sein, daß, so wie Israel mit einer Palästinenserfrage zu tun hat, auch die Palästinenser einer Israel-Frage gegenüberstehen. Als Ausgangspunkt einer Lösung sollte die Tatsache dienen, daß Israel nicht ernstlich gewillt sein kann, 1,1 Millionen Araber zu beherrschen. So etwas würde den gesellschaftlichen Charakter des Staates Israel und seine Grundlagen in Gefahr bringen. Israel muß auf seine Sicherheitserfordernisse bedacht sein und darauf, welchen Charakter der Staat in der Zukunft haben soll.

Wir sind interessiert daran, eine Lösung der Palästinenserfrage herbeizuführen. Eine nüchterne Haltung Israels in dieser Frage wird ihm viele Freunde zuführen, und vielleicht letzten Endes auch die Palästinenser veranlassen, den Haupthemmschuh, der ihrer Selbstbestimmung entgegensteht, zu beseitigen: Der unsachgemäße Aufbau der PLO, die Unnachgiebigkeit ihrer Standpunkte, die von diesem unsachgemäßen Aufbau herrührt und eine gerade Linie ziehen läßt von der Politik des Jerusalemer Muftis und der von Arafat. Eine gleiche Haltung wird auch zu gleichen Resultaten führen, und es wäre für die Palästinenser der Mühe wert, darüber nachzudenken, zu welchen Resultaten die Politik der Mufti geführt hat.

(-/15.8.1979/ks/ca)

+ + +

